Bundeshaus persönlich

Höhepunkt der Wintersession war zweifellos die Bundesratswahl am Mittwoch, 5. Dezember 2018, als die Nachfolge der zurücktretenden Bundesratsmitglieder Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann geregelt werden musste. Sie kennen nicht nur die Ergebnisse, sondern die ganzen Geschichten darum herum bestens, hielten uns doch die Medien wochenlang über alle Einzelheiten auf dem Laufenden. Deshalb das Wichtigste in Kürze, im Tagebuch der zweiten Sessionswoche komme ich nochmals auf dieses Highlight zurück.

- Die Schweiz hat zwei neue Bundesrätinnen: Viola Amherd (CVP, VS) und Karin Keller-Sutter (FDP, SG) setzten sich gegen Heidi Z'graggen (CVP, UR) bzw. Hans Wicki (FDP, NW) souverän durch.
- Die Walliserin Amherd erzielte 148 Stimmen, die St. Galler Kronfavoritin Keller-Sutter holte 154 Stimmen.
- Es war ein historischer Tag: Noch nie in der Schweizer Geschichte wurden gleichzeitig zwei Bundesrätinnen gewählt, und dann erst noch beide auf Anhieb im ersten Wahlgang.

Die überaus deutliche Wahl von Viola Amherd und Karin Keller-Sutter war auch eine Absage an die Zentralschweiz: Gleich drei Zentralschweizer hatten bekanntlich ihre

Ambitionen für das Bundesratsamt angemeldet, unter ihnen auch mein Ständeratskollege Peter Hegglin, der allerdings parteiintern überraschend scheiterte. Zwei schafften es schliesslich auf die Tickets ihrer Fraktionen. Dass die Zentralschweiz am Ende leer ausging, überraschte am Schluss kaum jemanden. Denn sowohl die Urner CVP-Regierungsrätin Heidi Z'graggen als auch der Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki stiegen als Aussenseiter ins Rennen.

Eine Auswahl diverser Zeitungstitel am Tag nach der Bundesrätinnen-Wahl:

- Ein Triumph für die Frauen – und ein Rückschlag für die Europafreunde
- Ein Frauentag mit Folgen
- Tränen, Küsse und kleine Sensationen
- Der wirkliche Krimi folgt erst
- Erstmals zwei Frauen am selben Tag gewählt
- Der Bundesrat muss jetzt liefern
- Und da waren's wieder drei
- Weit und breit nur Sieger
- Auf zu neuen Lösungen!
- Unspektakuläres Spektakel
- Geteilte Freude ist doppelte Freude
- Armee bald in Frauenhand?
- Weniger Fronten, mehr Lösungen!
- Karin Keller-Sutter und die neue Heiligenverehrung

Die neuen Bundesrätinnen bei der Vereidigung und in der Bevölkerung: Sie scheinen sich schon gut zu verstehen…

Spannender als die Wahl selber war dann die Verteilung der Departemente. Sie erfolgte nicht wie vorgesehen bereits am 7. Dezember, sondern erst am

darauffolgenden Montag. Es brauchte also zwei Anläufe und offenbar auch noch einige Telefonate übers Wochenende.

Das Mediencommuniqué der Bundeskanzlei war dann ausgesprochen trocken und lautete wie folgt: «Der Bundesrat hat am 10. Dezember 2018, in seiner neuen Zusammensetzung, die Verteilung der sieben Departemente vorgenommen und die Stellvertretungen geregelt. Die Bundesrätinnen und Bundesräte diskutierten die Verteilung der Departemente und fällten den Entscheid, wer welches Departement übernimmt. Die Mitglieder des Bundesrats äussern sich dabei in der Reihenfolge der Anciennität zur Departementsverteilung. Der Beschluss wird dann gemeinsam im Kollegium getroffen. Die Verteilung wurde wie folgt beschlossen:

- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA):
  Bundesrat Ignazio Cassis - Stellvertretung: Bundesrat Ueli Maurer
- Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
  Bundespräsident Alain Berset - Stellvertretung: Bundesrat Ignazio Cassis
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
  Bundesrätin Karin Keller-Sutter - Stellvertretung: Bundesrätin Simonetta Sommaruga
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
  Bundesrätin Viola Amherd - Stellvertretung: Bundesrat Guy Parmelin
- Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
  Bundesrat Ueli Maurer - Stellvertretung: Bundespräsident Alain Berset
- Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
  Bundesrat Guy Parmelin - Stellvertretung: Bundesrätin Karin Keller-Sutter
- Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
  Bundesrätin Simonetta Sommaruga - Stellvertretung: Bundesrätin Viola Amherd

Der Bundesrat wird die Verteilung an seiner Sitzung vom 16. Januar 2019 formell bestätigen und freut sich, in der neuen Zusammensetzung seine Arbeit fortzuführen.»
Soweit das offizielle Communiqué.

Die zweite Sessionswoche im Tagebuch

Einmal mehr gebe ich Ihnen Einblick in mein Tagebuch, und zwar in jenes der zweiten Sessionswoche vom 3.-7. Dezember 2018. Ich stelle sie unter folgenden Titel: Historischer Tag für die Frauen und unser Land!

Montag, 3. Dezember

Die Woche begann ich als Präsident der IG biomedizinische Forschung und Innovation. Wir liessen uns die Position der Pharmaindustrie zum ersten Paket der Kostendämpfungsmassnahmen im Gesundheitswesen erklären. An der Sitzung mit unseren 13 Ständeratsmitgliedern bereiteten wir die Geschäfte der zweiten Sessionswoche vor. Im Plenum setzten wir uns dann drei Stunden mit dem Voranschlag 2019 auseinander. Der Bundesrat budgetierte Ausgaben von 72,296 Milliarden Franken. Beim Grenzwachtkorps und bei der Bildung, Forschung und Innovation stockten wir die Mittel auf. Die Landwirtschaft war für einmal kein Thema.

Abends hatte ich ein Radio-Streitgespräch mit dem Walliser Ständeratskollegen Beat Rieder zum Thema Nationaler Finanzausgleich (siehe Bild von Roger Aebli).

Anschliessend fand die Beiratssitzung von SW!SS REHA statt. Ich wurde kürzlich in dieses Gremium berufen.

Dienstag, 4. Dezember

Am Morgen früh diskutierten wir mit Ingenieuren und Architekten das Co^2-Gesetz und die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris im Gebäudepark Schweiz. Erfreulich war, dass der Ständerat einer Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) mit 37:3 deutlich zustimmte. Damit werden die Geberkantone ZH, SZ, OW, NW, ZG, BS, GE entlastet. Die Lösung basiert auf einem Kompromiss unter den Kantonen. Neu

soll der ressourcenschwächste Kanton auf mindestens 86,5 Prozent der durchschnittlichen Ressourcenausstattung kommen.

Das Mittagessen nahm ich mit Karin Keller-Sutter in der Galerie des Alpes ein. Es war der letzte persönliche Austausch mit unserer Bundesratskandidatin vor dem Wahltag. Anschliessend diskutierte ich mit Fachleuten die Pflegeinitiative und Möglichkeiten eines indirekten Gegenvorschlags. Höhepunkt der Fraktionssitzung waren die Anhörungen der beiden CVP-Bundesratskandidatinnen Viola Amherd und Heidi Z'graggen. Die Antworten auf die vielen Fragen, u.a. auch in Französisch und Englisch, brachten uns wichtige Erkenntnisse für den Entscheid.

Nach einem Gedankenaustausch mit den Verantwortlichen des Bundesamtes für Energie feierten wir im Alpinen Museum dessen erfolgreiche Rettung. Anschliessend folgte zusammen mit meinen Ständeratskollegen Josef Dittli und Damian Müller (siehe Keystone-Bild von Anthony Anex) der obligate Gang ins Bellevue: Von der oft beschworenen Nacht der langen Messer war nichts zu spüren. Interessant war zudem, dass es mehr Journalisten als Politiker hatte. Alle waren auf der Jagd nach Neuigkeiten. Dabei war alles schon längst entschieden…

Mittwoch, 5. Dezember

Bereits vergangene Woche wettete ich beim Adventsessen mit den Zuger FDP-Frauen einseitig 200 Schweizer Franken, wenn nicht Viola Amherd und Karin Keller-Sutter das Rennen in den Bundesrat machen würden. Wie Sie wissen, wurden die beiden Favoritinnen aus dem Wallis und dem Kanton St. Gallen von der Vereinigten Bundesversammlung glanzvoll gewählt, und zwar beide im ersten Wahlgang (mit 148 bzw. 154 Stimmen). Alles verlief so, als wäre die Wahl zweier Frauen in die Landesregierung das Normalste der Welt. Sprengkandidaturen und Winkelzüge blieben aus. Keine Fraktion hatte die offiziellen Kandidaturen in Frage gestellt, die geltende Zauberformel blieb unangefochten. Gemessen an seiner Bedeutung verlief der Wahltag bemerkenswert unaufgeregt. Die Stimmung war einmalig, nur die Zentralschweizer Dele-

gationen aus Uri und Nidwalden, die mit Heidi Z'graggen und Hans Wicki leer ausgingen, waren begreiflicherweise enttäuscht. Die Wahl der beiden neuen Bundesrätinnen löste überall positive Reaktionen aus, in meiner Mailbox, auf der Strasse, im Bus, sogar von Leuten, die ich nicht kenne. «Gut gemacht!» hiess es mehrmals.

Fähnlein der sieben Aufrechten: erstes freisinniges Gruppenbild mit der neuen Bundesrätin Karin Keller-Sutter, von links nach rechts: SR Josef Dittli (UR), SR Damian Müller (LU), NR Beat Walti (ZH), SR Thomas Hefti (GL), SR Joachim Eder (ZG) und NR Rocco Cattaneo (TI).

Wo die einen gehen, feiern die andern Einzug. Die abtretenden Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann (siehe Keystone-Bild) hielten gute Reden, wobei der Wirtschaftsminister sogar brillierte. Er stieg mit folgender Bemerkung ein: «Wenn Sie mich fragen, was mein Lieblingsmöbel ist, käme mir sicher kein Rednerpult in den Sinn.» Darauf lachte und klatschte der ganze Saal!

Schneider-Ammanns Vermächtnis: er forderte Verbesserungen im liberalen Sinn, also mehr ermöglichen und weniger verbieten, mehr wagen und weniger regulieren, mehr auf die Realität schauen und weniger auf Positionen, mehr auf Reformbedarf und weniger auf Besitzstände, mehr auf Weltverbundenheit und weniger auf Rückzug.

Den Schlusspunkt setzte der neue Bundespräsident Ueli Maurer. «Politik muss Freude und Spass machen», sagte der Finanzminister. Das soll auch die Bevölkerung spüren. Im kommenden Jahr stünden wichtige Projekte an, etwa die seit Jahren auf dem Tisch liegenden Beziehungen mit der EU. Er hoffe, dass sie dort am Ende des Jahres nicht mehr liegen würden und dies keine «Mission Impossible» sei. Sein Enthusiasmus war so mitreissend, dass er dafür frenetischen Applaus und sogar Bravo-Rufe erntete. Die eigentliche Anerkennung war aber das Wahlresultat. Maurer, bei seiner Wahl in den Bundesrat 2008 noch ganz der kantige Ex-SVP-Präsident, kam auf 201 von 209 gültigen Stimmen. Das ist das beste Resultat seit 30 Jahren.

Donnerstag, 6. Dezember

Der Politalltag mit wichtigen Geschäften hat uns wieder: Die Bevölkerung soll über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abstimmen, nicht aber über einen bestimmten Flugzeugtyp. Dann verlangten wir vom Bundesrat, mit den USA ein Freihandelsabkommen oder mindestens ein präferenzielles Handelsabkommen anzustreben. Betroffene Interessengruppen wie Bauern und Konsumentenorganisationen sollen früh einbezogen werden.

Der abtretende Bundesrat Johann Schneider-Ammann trat zum letzten Mal im Ständerat auf. Er habe unablässig für den Wirtschaftsstandort und den Wohlstand in der Schweiz gearbeitet, sagte Ständeratspräsident Jean-René Fournier. Er dankte für die Jahre der guten und von Pragmatismus geprägten Zusammenarbeit. Als Symbol für das von Schneider-Ammann gern und oft beschworene «Petit Paradis» überreichte er ihm ein Stück des Matterhorns (auf dem Keystone-Bild verabschiedet sich SR Thomas Hefti, GL, vom Wirtschaftsminister).

Sitzungen mit dem Ausschuss nukleare Entsorgung und eine Besprechung mit Pius Zängerle vom Krankenkassenverband curafutura rundeten meinen letzten Sessionstag der zweiten Woche ab.

Freitag, 7. Dezember

Während ich an der Ausschusssitzung des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes nebst dem Standardtraktandum Abschaffung des Eigenmietwerts über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» und die Zersiedlungsinitiative diskutiere, beschliesst der Bundesrat über das EU-Rahmenabkommen: Er sagt vorerst weder Ja noch Nein, sondern erhofft sich einen Ausweg aus dem Dilemma, indem er die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteure zum Vertragsentwurf konsultiert. Aus der mit Spannung erwarteten Departementsverteilung wird nichts – der Entscheid wird vertagt. Offenbar konnte sich das Gremium noch nicht einigen.

Ein Student aus Unterägeri interviewt mich im Rahmen seiner Berufsmatura-Abschlussarbeit zum Thema «Übernahme von Schweizer Traditionsfirmen durch chinesische Staatsunternehmen». Dabei staunte ich über das Wissen und vor allem auch das politische Interesse des 20-Jährigen an diesem wichtigen Thema. Die Jugend ist engagiert, was mich enorm freut.

Meine Voten in der Wintersession

Was meine Voten in dieser Session anbelangt, so sprach ich an den dreizehn Sessionstagen achtmal (*als Kommissionssprecher), und zwar an folgenden Tagen zu den angegebenen Themen. Via Geschäftsnummer finden Sie diese im Wortlaut und mit Video im O-Ton unter www.parlament.ch (bei Suchfunktion Joachim Eder eingeben, dann Rubrik Voten im Rat).

Dienstag, 27. November 2018:
17.058 Revision Fernmeldegesetz; Revision; Stopp dem Telefonterror.

Dienstag, 27. November 2018:
18.440 Parlamentarische Initiative SGK-NR: Befristete Verlängerung der Zulassungsbeschränkung nach Artikel 55a KVG.*

Dienstag, 4. Dezember 2018
18.3938 Interpellation Bischof: Heiratsstrafe. Der Bund verbreitete jahrelang Fehlinformationen.

Dienstag, 11. Dezember 2018
16.413 Parlamentarische Initiative Eder: Keine Übernachtungsentschädigungen für nicht erfolgte Übernachtungen.

Mittwoch, 12. Dezember 2018
17.3974 Kommission SGK-NR: Schadenprävention und Umgang mit Schäden bei medizinischen Behandlungen.*

Mittwoch, 12. Dezember 2018
18.3713 Kommission SGK-SR: Aktuelle Einteilung der Prämienregionen beibehalten und 16.4083 Motion Germann: Krankenversicherung. An bewährten Prämienregionen festhalten.*

Donnerstag, 13. Dezember 2018
18.3727 Interpellation Eder: Fahrgeschwindigkeiten und Emissionsberechnungen. Unkorrekte Angaben der SBB?

Donnerstag, 13. Dezember 2018

17.3317 Motion Landolt Martin: Klare Verantwortlichkeiten zwischen Finanzmarktpolitik und Finanzmarktaufsicht.

Weiterhin Steuergelder fürs Übernachten im eigenen Bett!

Leider wurde meine Parlamentarische Initiative 16.413 (Eder Joachim. Keine Übernachtungsentschädigungen für nicht erfolgte Übernachtungen) am 11. Dezember 2018 in der Schlussabstimmung mit 20:17 abgelehnt. Die Interpretation der Abstimmungsliste ist interessant, insbesondere das Verhalten der meisten SP-SR, aber auch gewisser FDP-Kollegen, welche die parlamentarische Initiative noch unterschrieben hatten! Für mich war die Ablehnung eine grosse Enttäuschung, vor allem, weil nur

zwei Mitglieder anders hätten stimmen müssen, damit der Vorstoss angenommen worden wäre. Zugestimmt haben in der Gesamtabstimmung folgende Mitglieder des Ständerates (in alphabetischer Reihenfolge): Fabio Abate (FDP, TI), Isidor Baumann (CVP, UR), Ivo Bischofberger (CVP, AI), Pascale Bruderer Wyss (SP, AG), Raphaël Comte (FDP, NE), Robert Cramer (G, GE), Roland Eberle (SVP, TG), Joachim Eder (FDP, ZG), Stefan Engler (CVP, GR), Peter Föhn (SVP, SZ), Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG), Peter Hegglin (CVP, ZG), Liliane Maury Pasquier (SP, GE), Thomas Minder (parteilos, SH), Philipp Müller (FDP, AG), Paul Rechsteiner (SP, SG), Martin Schmid (FDP, GR).

Mit diesem Entscheid bleibt es nun dabei, dass viele immer noch Steuergelder fürs Übernachten im eigenen Bett erhalten, und erst noch steuerfrei. Das ist absolut stossend!

Auszüge aus meinem Votum:

- «Dabei ist die Sache einfach und klar: Übernachtungsspesen in Form der Pauschale von CHF 180.- sollen nur jene erhalten, die auch tatsächlich auswärts übernachten und dabei effektiv Auslagen haben. Der Auftrag könnte schnell umgesetzt werden, wenn der politische Wille vorhanden ist; mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode bietet sich zudem ein idealer Zeitpunkt an.»

- «Meine Absicht war nie, jemandem etwas wegzunehmen. Das ist mit dieser Vorlage ja auch nicht der Fall! Aber wir Parlamentarier müssen sorgfältig mit den Steuergeldern umgehen. Ich frage Sie deshalb ernsthaft: Zuhause schlafen und dafür einen steuerfreien Betrag von CHF 180.- pro Nacht zu erhalten, ist das wirklich richtig?»

Eine beliebte Adresse bei Parlamentariern: Das Hotel Bellevue direkt neben dem Bundeshaus (Foto Keystone)

- «Wer mir unterstellt, ich wolle die populistische Schiene fahren und unsere Arbeit schlecht machen, kennt mich und meine Politik überhaupt nicht!»

- «Von einem Punkt bin ich allerdings überzeugt: Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen, es geht letztlich auch um unsere Glaubwürdigkeit. Und da ist es für mich klar: Wer keine Auslagen hat, soll keine Spesen erhalten. Das ist in der Privatwirtschaft, das ist in jedem Unternehmen, in jedem Betrieb so. Es geht mir also ums Prinzip!»

Fazit nach dem negativen Entscheid: Offenbar sparen viele lieber bei den andern als bei sich!

Stopp dem lästigen Telefonterror durch Callcenter

Erfreulich war dafür der Erfolg, den ich mit meinem Antrag «Stopp dem Telefonterror» beim Fernmeldegesetz hatte. Immerhin setzte ich mich gegen den Widerstand von Bundesrätin Doris Leuthard äusserst deutlich durch. Der Ständerat folgte meiner Argumentation, dass unerwünschte Werbeanrufe für die Schweizer Bevölkerung ein grosses Ärgernis seien. Laut einer Schätzung von Swisscom gibt es monatlich mehrere Millionen solcher aufdringlicher Telefonanrufe.

Auszüge aus meinem Votum:

«Damit komme ich zur Begründung, warum mir die beantragte Ergänzung notwendig erscheint. Das Hauptproblem bei den unerwünschten Werbeanrufen ist nicht die bestehende gesetzliche Regelung, sondern dass die Nichtbeachtung des Sterneintrags

und somit ein Vorstoss gegen Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe u Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in der Regel keine Konsequenzen hat. Vor allem im Ausland tätige Callcenter können vom zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) kaum je belangt werden. Dies hat verschiedene Gründe. Erstens ist es oft schwierig, den Anrufer überhaupt zu identifizieren, da dieser eine beliebige und somit auch falsche Telefonnummer auf dem Display des Angerufenen anzeigen lassen kann. Man nennt dies Spoofing.»

«Wenn zweitens die Identifizierung gelingt, kann das SECO nicht direkt aktiv werden, sondern muss mittels Rechtshilfegesuchen an andere Staaten operieren, was die Angelegenheit verkompliziert und verzögert. Viele Callcenter operieren zwar vom Ausland aus, haben aber einen Auftraggeber oder Profiteur in der Schweiz. Nur wenn dieser auch - da bin ich voll überzeugt - mit einer Strafe rechnen muss, wird dieses Treiben ein Ende finden. Dass eine solche Regelung durchaus praktikabel ist, zeigt die Selbstverpflichtung einiger Krankenkassen. In dieser heisst es unter anderem: «Die Krankenversicherer stellen vertraglich sicher, dass alle für sie tätigen Vermittler im Akquise-Prozess auf telefonische Kalt-Akquise verzichten. »

«Solche Selbstverpflichtungen sind zwar gut, genügen aber nicht. Das Problem ist, dass einerseits nicht alle Krankenkassen mitmachen und dass andererseits auch andere Branchen illegale Werbeanrufe tätigen und somit weiterwirken können wie bisher, sehr zum Ärger vieler Konsumentinnen und Konsumenten. Deshalb braucht es eine generelle Regelung im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, damit die telefonische Belästigung der Bevölkerung in der Schweiz endlich ein Ende findet und damit diejenigen Unternehmen - das scheint mir auch sehr wichtig -, die sich an den Sterneintrag und an die gesetzlichen Vorschriften halten, nicht mehr benachteiligt sind.»

Es bleibt nun zu hoffen, dass der Nationalrat diesen Beschluss des Ständerates in der Frühjahrssession 2019 auch unterstützt.

Schlussabstimmungen zu 15 Vorlagen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen. 15 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach. Eine Verfassungsbestimmung zu den Wahlverfahren in den Kantonen wurde im Nationalrat überraschend bachab geschickt.

Die mit Standesinitiativen aus Uri und Zug verlangte Verfassungsänderung hätte den Kantonen bei der Festlegung ihrer Wahlverfahren freie Hand geben sollen. Der Nationalrat sagte mit 103 zu 90 Stimmen bei 3 Enthaltungen Nein, womit die Sache vom Tisch ist. Da nützte es auch nichts, dass wir im Ständerat die Vorlage mit 29 zu 14 Stimmen bei 0 Enthaltungen unterstützt haben.

Gutgeheissen wurden:

- mit 110 zu 84 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 26 zu 17 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Gleichstellungsgesetz, die verlangt, dass Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten künftig prüfen müssen, ob sie Männern und Frauen gleich viel Lohn bezahlen;

- mit 141 zu 54 Stimmen bei 1 Enthaltung und 36 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen Änderungen im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration, mit denen das Heimatreiseverbot für Flüchtlinge verschärft wird;

- mit 195 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen, mit dem Opfer von häuslicher Gewalt und von Stalking besser geschützt werden sollen;

- mit 121 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 30 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung der Anti-Rassismusstrafnorm, mit der künftig auch Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe stehen;

- mit 194 zu 1 Stimme bei 0 Enthaltungen und 41 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Anpassung im Bundesgesetz über die Krankenversicherung, mit der die Zulassungsbeschränkung für Ärzte bis Mitte 2021 verlängert wird;

- mit 137 zu 54 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Änderung der Wiedergutmachungsregelung, mit dem es für Täterinnen und Täter schwieriger wird, sich von einer Strafe freizukaufen;

- mit 192 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Magglinger Konvention, des Übereinkommens des Europarats gegen die Manipulation von Sportwettbewerben;

- mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzugs bei Too-big-to-fail-Instrumenten, mit dem systemrelevante Banken gezwungen werden, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen;

- mit 195 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung im Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen, mit der die Bürgschaftslimite für KMU von einer halben auf eine Million Franken angehoben wird. Mit 155 zu 39 Stimmen bei 1 Enthaltung und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen verabschiedet wurde eine zweite Anpassung im selben Gesetz, mit der Bürgschaftshilfen und Zinskostenbeiträge in Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum abgeschafft werden;

- mit 85 zu 71 Stimmen bei 39 Enthaltungen und 39 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen das neue Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Sambia (siehe Karte nebenan);

- mit 130 zu 64 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 41 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung im Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Ecuador;

- mit 133 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens mit Singapur über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten sowie mit 132 zu 54 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens mit Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten;

- mit 189 zu 1 Stimme bei 0 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Verordnung der Bundesversammlung über die Richterstellen am Bundesstrafgericht, mit der die Zahl der Stellen für Richterinnen und Richter der Berufungskammer des Bundesstrafgericht von zwei auf drei Vollzeitstellen erhöht werden kann.

Zwischen dem letzten und dem aktuellen Sessions-Newsletter fanden noch zwei bemerkenswerte Ereignisse statt, über die ich Sie ebenfalls in Kenntnis setzen möchte: der Besuch bei Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Berlin und eine einmalige Begegnung mit einem brasilianischen Kardinal.

Besuch bei Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Berlin

Nationalratspräsident Dominique de Buman (CVP, FR) wurde am 8. Oktober vom Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble (CDU), in Berlin empfangen. Nebst der Aussprache mit seinem deutschen Amtskollegen standen Gespräche mit Mitgliedern der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf dem Programm.

Nationalratspräsident Dominique de Buman wurde am 8.10.2018 in Berlin von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble empfangen. Die Schweizer Delegation bestand zudem aus Botschafter Paul R. Seger, NR Thomas Hardegger und SR Joachim Eder (stehend vlnr).

Die beiden Parlamentspräsidenten waren dieses Jahr bereits im Rahmen des Treffens der Parlamentsvorsitzenden deutschsprachiger Länder in Luxemburg zusammengekommen und hatten dort ein Arbeitstreffen in Berlin vereinbart. Im Gespräch würdigten die beiden Parlamentspräsidenten die guten bilateralen Beziehungen und hoben die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und der Schweiz hervor. Im Mittelpunkt des Austausches standen europapolitische Themen. Die Schweizer Delegation, der auch der Präsident und Vizepräsident der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag, Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG) und Nationalrat Thomas Hardegger (SP, ZH), angehörten, erläuterte die aktuelle innenpolitische Lage in der Schweiz. Der Bundesrat habe Ende September einen Grundsatzentscheid gefällt, die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der

Schweiz und der EU auf Grundlage des derzeitigen Verhandlungsmandats weiterzuführen und gleichzeitig mit den Sozialpartnern und den Kantonen im Dialog zu bleiben.

Innenpolitisch sei vor allem die allfällige Anpassung der sogenannten flankierenden Massnahmen umstritten. Die EU habe mit der Gewährung einer nur befristeten Börsenäquivalenz und mit dem Drängen auf einen Abschluss der Verhandlungen über das Rahmenabkommen weiter zum Unmut beigetragen. Die Verknüpfung sachfremder Geschäfte und Druck aus Brüssel stosse in der Schweiz auf Ablehnung und sei kontraproduktiv. Wolfgang Schäuble, der aus der deutsch-schweizerischen Grenzregion stammt und die politischen Prozesse der Schweiz gut kennt, zeigte sich verständnisvoll und bot seine Unterstützung an, den Schweizer Anliegen in Brüssel Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig betonte er, dass die Interessenlage in Süddeutschland eine andere sei und man bei den flankierenden Massnahmen eine pragmatische, unbürokratische Lösung anstreben müsse.

Auch beim Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union standen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU im Mittelpunkt. Das institutionelle Rahmenabkommen bedeute keine grundlegende Neugestaltung der Beziehungen zur EU, sondern spanne lediglich ein Dach über die schon bestehenden Verträge. Mit der Selbstbestimmungsinitiative und der Kündigungsinitiative, mit welcher die Personenfreizügigkeit beseitigt werden soll, stünden jedoch Abstimmungen bevor, die das Verhältnis der Schweiz zur EU gefährden könnten. Diese innenpolitischen Baustellen müssen bei den Verhandlungen mit der EU berücksichtigt werden.

Weiter fand ein Austausch mit der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe statt. Diese wurde im Sommer dieses Jahres neu konstituiert und hat mit MdB Thorsten Frei (CDU, auf dem Bild zwischen SR Joachim Eder und NR Thomas Hardegger) einen neuen Vorsitzenden. Ziel des Treffens war

es, einen ersten Kontakt zwischen den beiden Delegationen herzustellen und ein Datum für ein nächstes bilaterales Treffen festzulegen. Dieses ist nun für das Frühjahr 2019 vorgesehen. Die Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten wurden im Jahr 2005 mit der Gründung von zwei permanenten Delegationen institutionalisiert. Die Deutsch-Schweizerische Freundschaftsgruppe und die Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag widmen sich den Beziehungen zum jeweiligen Nachbarstaat und pflegen einen regelmässigen Austausch zu grenznachbarschaftlichen Themen.

Abgerundet wurde das Programm mit einem Besuch des Stasi-Museums, wo der Journalist und Bürgerrechtler Roland Jahn durch das Stasi-Unterlagen-Archiv und die Stasi-Zentrale führte. Roland Jahn ist seit 2011 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Er brachte der Schweizer Delegation die Angebote der Behörde näher und tauschte sich mit den Delegationsmitgliedern über die Aufarbeitung der SED-Diktatur aus. Die Behörde verwaltet und erforscht die Akten und Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Ferner besuchten wir ein Schweizer Jungunternehmen in Berlin. Die Gründer der Firma Velt führten durch ihren Co-Working Space, in dem nebst den eigenen Mitarbeitenden auch weitere Unternehmen tätig sind, und berichteten über die Herausforderungen eines Schweizer Start-up-Unternehmens in Deutschland.

Einmalige Begegnung mit einem brasilianischen Kardinal

Am Treffen für Ordensleute und Mitglieder christlicher Gemeinschaften und Bewegungen im Dienste der Gesellschaft lernte ich am 24. September in Baar Kardinal João Braz de Aviz aus Brasilien kennen, ein einmaliges Erlebnis! Auf Einladung der Organisatoren der Tagung «Mit Euch» hielt ich als Politiker vor 400 Teilnehmenden

die Begrüssungsansprache. Meine Ausführungen stiessen bei den Ordensleuten, darunter vier Bischöfe und ein Kardinal, auf grosses Interesse. Dabei sagte ich u.a. folgendes: «Wir alle wissen, dass unsere Landeskirchen seit Jahren mit Mitgliederschwund zu kämpfen haben. Dank der Zuwanderung aus Südeuropa und der Popularität von Papst Franziskus hat sich dieser aber zumindest bei den Katholiken abgeschwächt.

Christentum und Religiosität verschwinden aus unserer Gesellschaft aber nicht: Eine Studie des Bundesamts für Statistik zeigt, dass noch immer jeder Zweite an einen Gott glaubt und jeder Dritte regelmässig betet. Es hat mich deshalb speziell positiv berührt, dass gegen 300 junge Menschen in ihrem Schlussdokument der Jugend-Vorsynode in Rom etwas zum Ausdruck brachten, das bei den vielen negativen Meldungen positiv aufhorchen lässt. Egal, mit welchen Sorgen und Problemen die Jugendlichen in ihrem Herkunftsland kämpfen und leben müssen, sie wünschen sich das Gleiche: Frieden, Liebe, Gleichberechtigung, Freiheit und Gerechtigkeit. Und sie wollen, so das Dokument, das Gleiche bekämpfen: organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Unterdrückung der Frauen und Umweltverschmutzung.»

Wer Interesse an meiner Ansprache hat, kann diese bei mir unter dem Stichwort «Mit Euch» bestellen (info@jeder.ch).

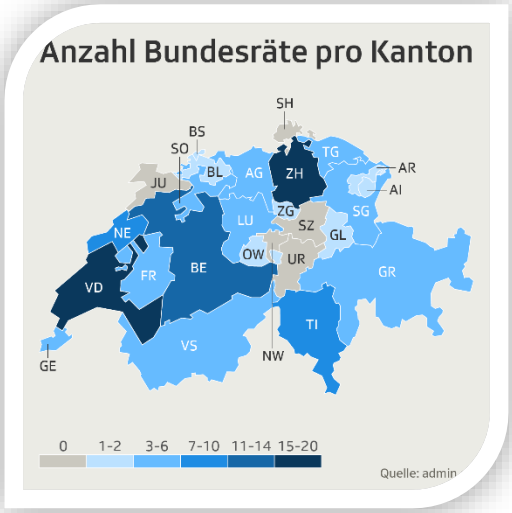
9 x Wussten Sie, dass…

- **Wussten Sie, dass** mich die Weltwoche in der Ausgabe 48 vom 29. November 2018 als «Sprachrohr der Innerschweiz» bezeichnete, und zwar im Zusammenhang mit meiner Interpellation zu «unkorrekten Fahrgeschwindigkeiten und Emissionsberechnungen der SBB»?

- **Wussten Sie, dass** mit Viola Amherd und Karin Keller-Sutter zum ersten Mal an einem Tag zwei Bundesrätinnen gewählt wurden, seit 1848 der eigentliche Schweizer Bundesstaat gegründet wurde? Nationalratspräsidentin Marina Carobbio konnte also die achte und neunte Bundesrätin der Geschichte bekanntgeben. Weitere interessante Facts zu den Bundesratswahlen sind die folgenden:

Der Freisinn regierte die Schweiz in den ersten 43 Jahren ab 1848 allein. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass die FDP mit Abstand die meisten Bundesräte stellte. 1891 wurde erstmals ein Mitglied der Katholisch-Konservativen (heute CVP) in die Regierung gewählt. 1929 kam erstmals ein Mitglied der heutigen SVP hinzu, 1943 dann der erste Sozialdemokrat.

Zwanzig Bundesräte stammten bisher aus dem Kanton Zürich, der einwohnerstärkste Kanton hatte damit in absoluten Zahlen auch die meisten Repräsentanten in der Regierung. Fünfzehn Bundesräte kamen aus dem Kanton Waadt, vierzehn aus Bern. Erst je einen Vertreter in die Regierung schicken konnten Glarus, Obwalden und Baselland.



Nachdem die Zentralschweiz trotz zwei Kandidaten leer ausgegangen ist, bleiben die sechs Zentralschweizer Kantone auf acht Bundesratsmitgliedern sitzen, nämlich Luzern (5), Zug (2) und Obwalden (1). Uri, Schwyz und Nidwalden gehören mit Schaffhausen und Jura zu jenen fünf Kantonen, die noch nie im Bundesrat vertreten waren. Die Urner CVP-Regierungsrätin Heidi Z'graggen und der Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki (Bild nebenan) konnten dies am 5. Dezember auch nicht ändern.

- **Wussten Sie, dass** sich bereits am 28. November 2018, also eine Woche vor den eigentlichen Bundesratswahlen, ein Quartett von Ständeräten auf dem Bahnhof von Sitten mit den beiden zukünftigen Bundesrätinnen fotografieren liess? Anlässlich des Empfangs des neuen Ständeratspräsidenten Jean-René Fournier (CVP, VS) posierten NR Viola Amherd (CVP, VS) und SR Karin Keller-Sutter (FDP, SG) mit, von links nach rechts, SR Damian Müller (FDP, LU), SR Joachim Eder (FDP, ZG), SR Josef Dittli (FDP, UR) und SR Ivo Bischofberger (CVP, AI).

- **Wussten Sie, dass** mein Herz höher schlug, als ich beim Empfang des Ständeratspräsidenten Jean-René Fournier auf dem Place de la Planta in Sitten das Regierungsgebäude mit allen Schweizer Kantonswappen sah? Die Zuger Fahne war in der obersten Reihe an zweiter Stelle links. Sie wehte kräftig im Wind, wohl aus Dankbarkeit den NFA-Millionen gegenüber, welche der Kanton Wallis jährlich von den sieben Geberkantonen ZH, SZ, OW, NW, ZG BS und GE erhält. Im nächsten Jahr sind es beträchtliche CHF 730 Mio., was pro Kopf CHF 2163.- ausmacht. Für den Kanton Zug sind die Zahlen die folgenden: Wir zahlen 329 Mio. Schweizer Franken in den NFA-Topf ein; das sind CHF 2727.- pro Zugerin bzw. Zuger!

- **Wussten Sie, dass** Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, im Bundeshaus kurz SLO genannt, ein politisches Leben lang gegen eine männliche Übermacht gekämpft hat? Ein Tag nach den Bundesratswahlen war ihr letzter Tag als Nationalrätin. Ihre Freude über den historischen Frauentag will sie mit allen teilen, jetzt, sofort, überall. Sie lässt sich nichts bieten. Von niemandem. Da kam ich mit meiner Bemerkung «Susanne, die Frauen wurden heute auch dank uns Männern gewählt!» natürlich schlecht an. So schreibt der Tagesanzeiger-Redaktor Philipp Loser folgendes: «Eder ist für Leutenegger Oberholzer ein Beispiel dafür, dass die Männer sich nicht wirklich geändert haben. Sie haben sich der Kraft des Faktischen gebeugt, dem Druck der Frauen, dem Druck der Öffentlichkeit. Aber es bleiben Männer. Und das lässt sie den Innerschweizer Ständerat jetzt spüren.»

PS: Ich habe das SLO-Donnerwetter überstanden und bleibe bei meiner Aussage.

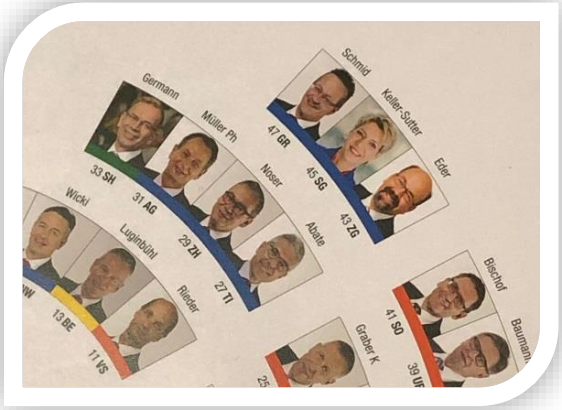
- **Wussten Sie, dass** Guido Fluri am 8. November 2018 an der theologischen Fakultät der Universität Luzern mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet wurde, vor allem wegen seiner Verdienste rund um die Wiedergutmachungsinitiative?

Da ich Guido Fluri bei dieser erfolgreichen Initiative politisch unterstützt habe, hielt ich an diesem denkwürdigen Tag abends im Montana in Luzern eine Laudatio unter dem Titel «Das Lebenszeugnis von Guido Fluri: Gerechtigkeit und Versöhnung».

- **Wussten Sie, dass** die NZZ am 10. Dezember 2018 mit dem jährlichen Parlamentarier-Rating wiederum die ideologische Landkarte der beiden Kammern veröffentlichte? Jene des Ständerates deckt das ganze Spektrum ab: Der Schwyzer SVP-Politiker Peter Föhn politisiert im Rat am weitesten rechts (+10), die am weitesten links stehende Vertreterin der Kantone ist die Genfer SP-Politikerin Liliane Maury Pasquier (-9,2). Ich selber bin mit +2,7 klar rechts der Mitte, und zwar an 11. Position von rechts (bei 46 Mitgliedern), mein Zuger Kollege Peter Hegglin ist mit -2,0 links der Mitte angesiedelt, und zwar an 24. Position von links. Innerhalb der FDP-Ständeratsgruppe sind nur vier Kollegen rechts von mir, nämlich Philipp Müller (AG, +3,6), Martin Schmid (GR, +3,1), Thomas Hefti (GL, +3,0) sowie Hans Wicki (NW, +3,0).

- **Wussten Sie, dass** Nationalratspräsidentin Marina Carobbbio am 11. Dezember die neue Website «Politfrauen» lancierte? Die höchste Schweizerin schrieb uns in einem Brief folgendes: «Politfrauen ist eine Art Hommage an die Pionierinnen und Pioniere der Frauenrechte und gibt gleichzeitig jenen Raum, die diesen Kampf heute fortführen. Die Website soll zudem die Aktionen und Anlässe sichtbarer machen, die im Bundeshaus organisiert werden, um die Begeisterung der Frauen für die Politik zu wecken und die Gleichstellung zu fördern.»

- **Wussten Sie, dass** ich ganze sechs Tage, genau vom 26.11. bis 4.12.2018 neben der abtretenden Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sitzen durfte? Da die St. Gallerin in den Bundesrat gewählt wurde, ist der Sitzplan rechts nun schon wieder Geschichte. Der Platz blieb an den restlichen Tagen der Wintersession nämlich unbesetzt.



Mit den besten Grüssen und Wünschen für eine friedliche, besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr!

Noch kurz etwas Persönliches:

Zwischen Weihnachten/Neujahr werde ich mich entscheiden, ob ich nochmals zu den Nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019 antreten werde. Ich bin in einem Wechselbad der Gefühle, ob ich noch für eine dritte Legislaturperiode kandidieren oder nächsten Winter meine 37-jährige politische Arbeit beenden soll. So oder so: Ich danke Ihnen ganz herzlich für die jederzeit spürbare Unterstützung und dann auch, dass Sie meinem Entscheid, der Mitte Januar 2019 kommuniziert wird, Verständnis entgegenbringen!

Ihr

Bern/Unterägeri, 15. Dezember 2018

Sie finden auf meiner persönlichen Website www.jeder.ch noch weitere Informationen und Bilder. Unter www.parlament.ch erhalten Sie zudem einen Überblick über meine Voten (neustens mit Video) und über meine Vorstösse (bei Suchfunktion Joachim Eder eingeben).